

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Kleinsp.
Zelle 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Nr. 136.

Donnerstag, den 17. November

1881.

Bekanntmachung,

die neue Ausgabe des Handbuchs der Kirchenstatistik für das Königreich Sachsen betr.

Nach einer Verordnung des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums ist die Bearbeitung einer neuen Ausgabe — der zwölften — des Handbuchs der Kirchenstatistik für das Königreich Sachsen in Aussicht genommen.

Da dasselbe für die Pfarrämter fast als unentbehrlich angesehen werden kann und auch für die Kirchenvorstände von unverkennbarem Nutzen ist, so wird dessen künftige Anschaffung für das Inventar einer jeden Pfarrstelle des Inspectionsbezirks hiermit angelegentlich empfohlen. Der durch den Ankauf entstehende Aufwand kann aus dem betreffenden Kirchenarar bestritten werden.

Die Kirchenvorstände des Inspectionsbezirks wollen wegen rechtzeitiger Werkstellung der Subscription auf diese neue, in der Rammingschen Buchdruckerei zu Dresden erscheinende Auflage das Nötige besorgen.

Schwarzenberg und Schneeberg, am 11. November 1881.

Die kgl. Amtshauptmannschaft. Die kgl. Superintendentur.
Freiherr von Wirfung. Roth.

Bekanntmachung.

Im Monat October c. betragen im Hauptmarkttorte Schwarzenberg die Durchschnittspreise für Fourageartikel

8 Mark 40 Pf. für 1 Centner Hafer,
3 = 78 = = 1 = Heu und
2 = 65 = = 1 = Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
am 15. November 1881.
Freiherr von Wirfung. St.

Erlaß.

Nachdem das königliche Ministerium des Innern die Lieferung der auf Staatskosten zu beschaffenden Standsregister und sonstigen Formulare für ständesamtliche Angelegenheiten für das Jahr 1882 wiederum der E. Heinrichschen Buchdruckerei in Dresden übertragen hat und der letzteren daran gelegen ist, möglichst bald in den Besitz der bezüglichen Bestellungen zu gelangen, so werden die Herren Standsbeamten des amtschauptmannschaftlichen Verwaltungsbezirks veranlaßt, ihren Bedarf an Registern und Formularen binnen 8 Tagen und spätestens bis

zum 26. November 1881

anher anzuzeigen.

Schwarzenberg, am 14. November 1881.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. v. Wirfung.

Bekanntmachung.

Die am 15. dieses Monats fällig werdenden Gemeindeanlagen sowie die bereits fällig gewordenen Laas- und Wasserzinsen sind bis längstens

den 30. dieses Monats

zur hiesigen Stadtcasse abzuführen und werden die Abgabepflichtigen mit dem Bemerkn darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen sofort mit executivischer Beitreibung der Anlagen und Zinsen vorgegangen werden wird.

So hanunge organstadt, den 11. November 1881.

Der Stadtrath.
Bodmann.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Eröffnung des Reichstages findet Donnerstag Mittag 1 1/2 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch den Kaiser in Person statt. — Nach der Audienz, welche Fürst Bismarck am Sonntag beim Kaiser gehabt, fand Montag Nachmittag unter dem Vorsitz des Kanzlers eine längere Sitzung des Staatsministeriums statt. Zu welchem Resultat der Vertrag des Fürsten Bismarck beim Kaiser geführt, ist freilich noch nicht bekannt und wird wohl erst nach dem Zusammentritt des Reichstages zu Tage treten. Das nur steht schon jetzt fest, daß vom Rücktritt des Reichskanzlers ernstlich nicht mehr die Rede ist, wie denn das betreffende Gerücht beziehungsweise die Drohung von der öffentlichen Meinung von Anfang an übereinstimmend als ein „blinder Schreckschuß“ aufgefaßt worden war. Fürst Bismarck wird auch in der neuen parlamentarischen Konstellation, an der er selbst einen großen Theil der Schuld trägt, an der Spitze der Regierung bleiben. Welchen Kurs aber das Steueruder jetzt einhalten wird, das ist die große noch ungelöste Frage. Es giebt drei Wege: die innige Verbindung mit dem Ultramontanismus, die Wiederannäherung an die Liberalen oder das Labiren zwischen beiden unter Beschränkung auf die laufenden Geschäfte der Gesetzgebung und Verzicht auf alle tiefer eingreifenden Projecte. Einen vierten Weg, aus der Verlegenheit zu kommen, die Auflösung des Reichstages und einen neuen Appell an das Volk, wird man, für die nächste Zukunft wenigstens, als ausgeschlossen betrachten dürfen, da auch der Reichskanzler sich nicht der Hoffnung hingeben wird, unter den augenblicklichen Umständen auf diesem Wege zu erfreulicheren Resultaten zu kommen.

— Es bestätigt sich, daß die Matrifularbeiträge um 12 Millionen Mark erhöht werden sollen. Diese Summe entspricht indessen genau derjenigen, welche an Ueberschüssen aus den Einnahmen zur Verteilung an die Einzelstaaten gelangt, so daß denselben aus der Höhe der Matrifularbeiträge keine Schwierigkeiten erwachsen.

— Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Am meisten von allen Parteien haben die Sozialdemokraten aus den Stichwahlen Nutzen gezogen. Nachdem sie bei den Hauptwahlen keinen einzigen Sitz im Reichstage erlangt, haben sie in den Stichwahlen

dadurch, daß ihnen von den verschiedensten Seiten Unterstützung zugesichert wurde, noch so viele Siege errungen, daß sie schwerlich erheblich hinter ihrem höchsten Besitzstande zurückbleiben werden. Man hat in dem Ausfall der Wahlen eine Verurtheilung der neuesten sozialpolitischen Entwürfe des Reichskanzlers erkennen wollen. Wir geben das zu, soweit diese Entwürfe phantastische und praktisch undurchführbare Ziele aufstellten, die Staatsgewalt mit einer Aufgabe belasteten wollten, der sie nicht gewachsen sein kann, und Forderungen erhoben, zu deren Erfüllung ganz unberechenbare Summen nöthig wären. Soweit aber den sozialpolitischen Entwürfen des Reichskanzlers ein „berechtigter Kern“ innewohnt, soweit sie überschaubare und erreichbare Ziele verfolgen, kann in dem Ergebnis der Wahlen unmöglich etwas Abschreckendes für diese Pläne liegen. Für große und die wichtigsten Bestandtheile des Unfallversicherungsgesetzes z. B. ist auch in dem neuen Reichstag gewiß noch eine Mehrheit zu finden, wenn auf die „staatssozialistischen“ Zuthaten verzichtet wird. Wir würden es im höchsten Grade bedauern, wenn der erste positive Versuch sozialpolitischer Reformen jetzt im Keime erstickt sein sollte, wenn die Regierung sich entmuthigt fühlte, noch irgend etwas auf diesem Gebiete zu thun, und wenn die liberale Opposition mit dem negativen Erfolg sich begnügte, von jedem Heilversuch abzuschrecken zu haben, ohne ihrerseits irgend etwas Positives vorzuschlagen. Ob das Sozialistengesetz noch lange besteht, ist sehr zweifelhaft. Die Mehrheit, die es bewilligt hat, ist nicht mehr vorhanden. In zwei Jahren wird die Frage der Verlängerung der Gültigkeit dieses Gesetzes wieder an den Reichstag herantreten. Ob Centrum oder Sezessionisten bereit sein werden, dieses Gesetz noch einmal zu erneuern, ist sehr zweifelhaft, und aus einem Artikel der „Nordd. Allg. Z.“ könnte man vielleicht herauslesen, daß auch der Regierung an diesem Gesetze nicht allzu viel mehr liegt, unter dessen Herrschaft nur, um mit officiösen Redewendungen zu sprechen, „die bürgerliche Demokratie um so ungestörter gedeiht“. Werden über kurz oder lang die repressiven Maßregeln eingestellt, so wird das Gefühl der Sicherheit, welches jetzt die bürgerlichen Kreise mehr als gerechtfertigt erfüllt, bald schwinden und der Ruf nach positiven Reformen, den man jetzt vielfach als künstlich gemacht geringschätzt, wird sich sehr laut und eindringlich hören lassen. Die repressiven Maßregeln sollten nach allgemeiner Anschauung nur den Boden

für positive Reformen empfänglich machen, und die Nothwendigkeit der letztern wurde vor Erlaß des Sozialistengesetzes auch von den Gegnern desselben nicht geleugnet. Jetzt haben wir die besten Aussichten, in nächster Zeit weder repressive Maßregeln zu besitzen noch irgend etwas Positives geleistet zu haben, die Gefahr sozialen Umsturzes aber mächtig anschwellen zu sehen.“

— Die Schiffsliste der deutschen Kriegs-Marine weist zur Zeit die nachfolgenden Schiffsklassen und Zahlen auf: 7 Panzerfregatten, 5 Panzerkorvetten, 12 gedeckte Korvetten, davon 1 im Bau, 10 Glatdeckskorvetten, davon 3 im Bau, 4 Kanonenboote der Albatrossklasse, 5 Kanonenboote I. Klasse, 1 Panzerfahrzeug, 13 Panzerkanonenboote, davon 1 in der Ausrüstung und 2 im Bau, 4 Torpedoboote, 4 Minenleger, 3 Kanonenboote II. Klasse, davon 1 im Bau, 8 Aviso, davon 2 im Bau, 2 Transportfahrzeuge, 11 Schulschiffe für die verschiedensten Zwecke, 11 Fahrzeuge für den Hafendienst und 8 Lootsenfahrzeuge und Feuerschiffe.

— Rußland. Petersburg, 14. November. Ende voriger Woche kam es an der hiesigen Universität zu ernstlichen Szenen. Einem der Inspektionsgehülfen war ein Student aufgefallen. Er fragte denselben nach der Legitimationskarte und brachte ihn, da er diese nicht bei sich hatte, zum Rektor. Andere Studenten machten ihrem Aerger hierüber Luft. Worte, wie Spion u., fielen. Der Rektor citirte andern Tags alle Studenten in die Aula und beruhigte die Gemüther. Die Studenten waren besonders erregt gewesen, weil sie kurz zuvor gehört, daß ein jüngst arretrirter Student in einem unbewachten Augenblick einen Selbstmordversuch gemacht. Sie behaupten, jener Inspektionsgehülfe habe auch die frühere Arretirung veranlaßt und sie wollten deshalb nur wissen, was aus dem erst Arretirten geworden. — Der legt Arretirte nennt sich Alexandrow. In seiner in der Nadeschdinskaja gelegenen Wohnung — die Polizei will übrigens Grund zur Vermuthung haben, daß er zwei verschiedene Wohnungen hier selbst unter verschiedenen Namen inne gehabt — wurde eine Geheimdruckerei entdeckt, angeblich wurde auch von einigen Anwesenden bei der Verhaftung Widerstand geleistet. Fernerhin wird von wohlunterrichteter Seite erzählt, die Polizei habe auch Dynamit, sowie einzelne Theile von Sprenggeschossen daselbst vorgefunden.

— Amerika. Am Montag sind die Verhand-